Journal von Behinderten
für Behinderte und ihre Freunde

DIE STÜTZE

Liebe Leserinnen und Leser

Es bedeutet für mich nicht nur eine Pflicht unter vielen anderen, sondern es entspricht zutiefst meiner inneren Einstellung zum Leben mit allen seinen Licht- und Schattenseiten, **anläßlich der Eröffnung des Kommunikation- und Beratungszentrums für Behinderte in Neubrandenburg** ein paar Worte für DIE STÜTZE zu sagen.

Eine berufliche und soziale Integration Behinderter in die Gesellschaft ist so leicht zu formulieren und so schwer zu bewerkstelligen, trotz aller technischen und finanziellen Bemühungen. Am Ende bleibt oft der Eindruck vorherrschend, daß das alles viel zu wenig ist. Wichtig ist doch vor allem lebensfreundliches Klima in unserer Gesellschaft zu schaffen, das die Betroffenen nicht weiterhin dazu zwingen darf, ihre Behinderung zu verbergen, weil die Gesellschaft sie nicht ertragen kann und in ihrem totalen Harmonieanspruch gestört wird. Dieses lebensfreundliche Klima soll im Gegenteil ermöglichen, daß Behinderte und Nichtbehinderte mit dieser aufgezwungenen Beschränkung des Lebens in Selbstverständlichkeit umgehen und einander helfen und fördern können.

Kommunikation - das bedeutet Austausch nach allen Seiten, Mitteilung des eigenen Lebens, Teilnahme am Leben der anderen, Anregung, damit die brachliegenden Kräfte rege werde. All das gehört unabdingbar zum menschlichen Lebensvollzug. Kommunika-tion ist ebenso wichtig wie Essen und Trinken, Wohnung und Kleidung. Ohne Kommunikation verkümmert der Mensch. Ohne Kommunikation gibt es keine Entwicklung, keine

Rainer Prachtl
Landtagspräsident von Mecklenburg / Vorpommern

IN DIESEM HEFT:

- **Kein Schlußlich auf dem Arbeitsmarkt?** *Seite 3-4*
- **Der Meisterschüler aus Lobetal** *Seite 8-9*
- **Aus den Ländern** *Seite 10-13*
- **Ein Interview zum Rentenrecht** *Seite 15-17*
- **In eigener Sache** *Seite 22*

2. Jhg., Nr. 24/91
30. November 1991

Preis 1,- DM
plus Versandkosten

2A 11336 D

Bewegung, keinen Prozeß. Man kann sich nicht messen, nicht korrigieren, man erfährt nichts vom anderen und nichts von sich selbst.

In unseren neuen Bundesländern leben fast zwei Millionen behinderte Menschen. Für sie ist die Teilnahme am Leben der Gesellschaft besonders schwer, weil sie die Angebote meist nicht nutzen können.

Darüber hinaus haben Behinderte oft ein besonders starkes Kommunikationsbedürfnis und eine differenziert ausgebildete Sensibilität für Beziehungen vielfältigster Art. Für sie ergibt sich Kommunikation nicht von selbst und wie selbstverständlich. Von Behinderten wird in dieser Hinsicht viel mehr Eigeninitiative verlangt, und gerade dabei erfahren sie oft schmerzlich ihre Grenzen.

Eine Behinderung ist und bleibt eine Beeinträchtigung des gesamten Lebensvollzugs, bringt Einschränkungen, ja Verzicht mit sich, und da helfen die besten Programme nichts. Aber welche Wunder wirkt die Solidarität! Sie ist der Hebel, der das "Es-geht-nicht" aus den Angeln hebt. Sie ermöglicht den Ausgleich, die Kompensation als menschlichen Vollzug. Den Behinderten muß immer wieder Mut gemacht werden, sie müssen sich selber immer wieder Mut machen, die Nichtbehinderten müssen immer wieder neu sensibilisiert werden und ihre Aufmerksamkeit immer neu entwickeln, schärfen, schulen. Das, was an Lebensvollzug und Bewegungsablauf für die Behinderten möglich ist, muß so gut gemacht werden, daß das, was nicht möglich ist, mitgezogen, ergänzt wird. Daß es nicht allein als lebensbestimmtes, prägendes, lebensbehinderndes Defizit erscheint.

Am Umgang mit Benachteiligten und Schwachen in der Gesellschaft erweist sich das Soziale als wichtige Komponente der Marktwirtschaft. Ein menschenwürdiges Leben für Behinderte ist nur mit einem sozialen Extra möglich. Es geht nicht darum, Mitleid zu erregen oder sogar zu provozieren, sondern eine neue Form von Partnerschaftlichkeit einzuüben, nicht eine weinerliche Pflegehaltung und Selbstbemitleidung zu befestigen, sondern Widerstand gegen Abbauprozesse, Tapferkeit, ja Heroismus anzustreben und somit alte humanistische Werte neu zu stärken.

Ihr

Reiner Brechtel

Impressum:
Verlag: KOLOG-Verlag, Stargarder Straße 19, O-1058 Berlin
Verlagsleiter: Dieter Knoblauch
Redaktion DIE STÜTZE: Stargarder Straße 19, O-1058 Berlin
Herausgeber: ABiD (Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e.V. "Für Selbstbestimmung und Würde")
Verantwortliche Redakteurin: Andrea Schatz
Redaktionsbeirat: Daniela Reinhold, Waltraud Jähnichen, Dörthe Kränke, Elvira Seifert, Dr. Rudolf Turber.
Fotonachweis: J.Metzner, K.Striedter, R. Turber, R. Schindler, Düsseldorfer Messegesellschaft mbH NOWEA.
Satz: KOLOG-VERLAG
Druck: GAM MEDIA, Markgrafenstr. 67, 1000 Berlin 61
ISSN: 0863-4157
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 17. 11. 91
Die **nächste Ausgabe** erscheint am 14. 12. 91
DIE STÜTZE versteht sich als ein Angebot zum schöpferischen Meinungsstreit. Wir veröffentlichen also auch Artikel, die nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Anzeigenannahme für DIE STÜTZE
Dr. Rudolf Turber, Oberspreestraße 61 b, O-1190 Berlin
Konto der Anzeigenverwalrung: Berliner Sparkasse BLZ 1205 0000, Kto.-Nr. 1513010669
Anzeigenpreis: Private Kleinanzeigen (einspaltig) je Zeile DM 3,00.
1 Seite DM 500,00, 1/2 Seite DM 270,00, 1/4 Seite DM 150,00

Dr. Siegrid Arnade

Kein "Schlußlicht" auf dem Arbeitsmarkt?

"Wenn Frauen durch Unfall oder Krankheit behindert werden, müssen sie mit veränderten Lebensumständen fertig werden. Wenn sie an einer Umschulungsmaßnahme in einem der meist wohnortfernen Berufsförderungswerke teilnehmen, müssen sie sich außerdem von ihren Familien trennen. Hinzu kommt, daß die Anforderungen in Reha-Einrichtungen besonders hoch sind und eine eigentlich dreijährige Ausbildung in zwei Jahren absolviert wird. Das müssen Frauen leisten, die häufig vor Behinderungseintritt nicht berufstätig waren. So verzichten viele Frauen freiwillig auf die Maßnahme und sind in Berufsförderungswerken nur zu etwa zehn Prozent vertreten." So skizzierte die **Sozialpädagogin Gisela Hermes** die Situation in Berufsförderungswerken, als im Forum während der REHA '91 in Düsseldorf, über die berufliche Rehabilitation behinderter Frauen diskutiert wurde. Gisela Hermes kritisierte weiter, daß Frauen fast ausschließlich Berufe im Bürobereich angeboten werden, bei denen sie stark von Arbeitslosigkeit bedroht sind und kaum Aufstiegschancen haben.

Aber auch in den Berufsbildungswerken, in denen behinderte Jugendliche ihre Erstausbildung erhalten, sind behinderte Mädchen nur zu etwa dreißig Prozent vertreten. Das liege nicht an den Leistungsvoraussetzungen der Mädchen, denn im allgemeinen können sie bessere Schulabschlüsse vorweisen als behinderte Jungen. Für die wenigen weiblichen Auszubildenden in den Berufsbildungswerken machte die Sozialpädagogin aus Kassel die Teilung des Angebots in "männliche" und "weibliche" Berufe verantwortlich: "Das Dilemma der beruflichen Rehabilitation behinderter Frauen fängt bei der Ausbildung an. Die Mädchen erlernen gar keinen oder keinen qualifizierten Beruf, so daß sie auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ganz schlechte Chancen haben und häufig nur der Weg in die Werkstätten für Behinderte bleibt."

Dem stimmte **Heinrich Scheele vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen** zu: "Es fängt bei der ersten beruflichen Reha-Beratung an. Dort werden die Weichen gestellt. Die Barrieren in den Köpfen sind für behinderte Frauen noch höher als für behinderte Männer. In unserer Gesellschaft ist es trotz aller gegenteiliger Beteuerungen immer noch nicht selbstverständlich, daß Frauen erwerbstätig sind."

Auf Barrieren verschiedener Art stieß auch **Susanne Brabänder**, als sie als **rollstuhlfahrende Richterin** eine Stelle suchte:

"Schon in der Schule, im Studium mußte ich als einzige behinderte Schülerin bzw. Studentin immer kämpfen. Zum einen mußte ich den Leistungsanforderungen der Nichtbehinderten genügen, zum anderen mit den Unsicherheiten der Lehrer umgehen. So konnte ich nur schwer eine Identität als behinderte Frau und ein Selbstbewußtsein entwikkeln." Als Susanne Brabänder später Arbeit als Richterin suchte, schien ihre Behinderung zunächst von Vorteil zu sein: Da es bei Ausschreibungen im öffentlichen Dienst immer heißt, Schwerbehinderte würden bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt, lud man sie regelmäßig zu Vorstellungsgesprächen ein. Mit fadenscheinigen Begründungen wurde ihre Bewerbung dann jedoch abgelehnt. "Ein Vorstellungsgespräch ist sowieso aufregend und anstrengend. Aber als behinderter Mensch muß man nicht nur mit der eigenen Nervosität zurechtkommen, sondern auch noch mit der nicht zugegebenen Unsicherheit der Gesprächspartner." Inzwischen arbeitet sie als Richterin an einem eigens für ihre Bedürfnisse eingerichteten Arbeitsplatz. Was sie jetzt stört, ist der "Zooeffekt": "Ständig sind Fotografen im Gericht. Ich bin das Vorzeigeobjekt von Nordrhein-Westfalen. Auch das empfinde ich als diskriminierend."

Gisela Berger-Erkes von der Hauptfürsorgestelle in Köln hingegen setzt auf Öffentlichkeitsarbeit, um die Barrieren in den Köpfen allmählich abzubauen. "Wir von der Hauptfürsorgestelle leisten viel Aufklärungsarbeit. Wir gehen in die Betriebe und sprechen mit den Arbeitnehmern. Mit unseren Ingenieuren und dem psychosozialen Fachdienst versuchen wir, Arbeitsplätze für behinderte Menschen zu schaffen. Den Arbeitgebern bieten wir ein finanzielles Bonbon."

Dieses Bonbon reizte den Arbeitgeber der **gehbehinderten Heike Schwerf**. Diesmal war es der Gesundheitsdienst, der die Einstellung fast vereitelte: "Die Untersuchung war sehr diskriminierend. Dreimal mußte ich erscheinen und beweisen, daß ich Treppen überwinden kann. Außerdem wurde kontrolliert, ob ich Schreibmaschine schreiben kann. Das daraus entstandene Gutachten entsprach überhaupt nicht meinem Gesundheitszustand. Ehrlich gesagt, nach diesem Gutachten hätte ich mich nicht eingestellt."

Um die Situation behinderter Frauen zu verbessern, wünschte sich Heike Schwerf in der Abschlußrunde der Podiumsdiskussion mehr Aufzüge und Rampen an den Stellen, wo man sie braucht. Susanne Brabänder will, daß sich die Lebensbedingungen generell so verändern, daß behinderte Menschen ein gleichberechtigtes Leben führen und Selbstbewußtsein entwickeln können. Heinrich Scheele und Gisela Berger-Erkes plädierten für Informationen, für ein erweitertes Beratungsangebot und wünschten sich, daß die bestehenden Beratungsmöglichkeiten verstärkt genutzt werden. Um die Chancen behinderter Frauen und Mädchen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen, forderte auch Gisela Hermes eine bessere Beratung sowie wohnortnahe Rehabilitationsangebote. Außerdem müsse die Ausgleichsabgabe erhöht werden: "Wenn Arbeitgeber die Beschäftigungsquote nicht erfüllen, sollen sie für jeden nichteingestellten behinderten Arbeitnehmer ein volles Gehalt und nicht nur 200 Mark bezahlen!"

Diesem Artikel werden zwei weitere folgen, in denen sich Frau Dr. Arnade kritisch mit dem "Frauentag" am 26. Oktober im REHA-Forum (siehe DIE STÜTZE 18/91 S.3) auseinandersetzt. Zum einen geht es um behinderte Frauen in der Frauenbewegung und zum anderen um das sensible Thema der Vergewaltigung behinderter Frauen. *Die Redaktion*

Dr. Anselm Glücksmann

Wir brauchen ein breites Bündnis

Zu rechtlichen Aspekten einer Anti-Diskriminierungsgesetzgebung

Von Menschen mit Behinderungen wird als Haupthemmnis für eine Anti-Diskriminierungsgesetzgebung empfunden, daß die Behinderte speziell betreffenden Bestimmungen je nach der Zuständigkeit weit gestreut in der Bundes- und Landesgesetzgebung enthalten sind. Auf der anderen Seite bietet die gegenwärtige Situation der Schaffung neuer Landesverfassungen die reale Chance, schon im Gesetzgebungsprozeß die Probleme der Behinderten einzubringen und nach besten Kräften zu lösen.

Ein kurzer Überblick über die internationale Gesetzgebung zeigt ein umfassendes Gesetz nur in den USA. Dort war dies offenbar möglich, weil die Bürger und das Parlament der USA manchmal sehr rasch und wirksam für ein soziales Anliegen zu begeistern sind (vgl. auch die Gesetzgebung über die Altersversorgung) und es so gut wie keine Behindertengesetzgebung gab und man deshalb nicht auf bestehende Gesetze Rücksicht zu nehmen brauchte. In allen anderen Ländern wurden, wie z.B. in Großbritannien beim Gesetz über das staatliche Gesundheitswesen, bei der Novellierung eines einzelnen Gesetzes nur für dessen Gebiet Antidiskriminierungsregelungen mit eingebaut.

Einverständnis herrscht inzwischen darüber, im Grundgesetz in Artikel 3 Absatz 3 und ebenso in die im Entstehen befindlichen Landesverfassungen das Grundprinzip der Gleichstellung Behinderter einzubauen.

Das allein kann aber nicht genügen, sondern es muß mit allen Mitteln angestrebt werden, in Bund und Ländern neue Rahmengesetze zum Schutz der Behinderten vor Diskriminierung bzw. zur Durchsetzung ihrer Gleichstellung zu schaffen. Ich denke jedoch, daß ein solches Rahmengesetz nicht erreichbar ist, wenn es den Versuch unternehmen sollte, eine Fülle von Bestimmungen aus einzelnen Gesetzen aufzuheben, abzuändern oder zu ergänzen. Jedes Gesetz mit konkreten Vorschriften darf sich nur auf ein konkretes Gesetz beziehen! Dagegen erscheint es mir als eine Aufgabe, um die es sich zu kämpfen lohnt, die Schaffung dieser neuen Rahmengesetze so zu gestalten, daß sie die Grundsätze der Verfassung in Bezug auf den Schutz vor Diskriminierung und zur Sicherung der Gleichstellung spezifizieren und somit den Rahmen für die Einzelgesetzgebung abstecken.

Angesichts dieser beiden Aufgaben sollte aber keinesfalls die dritte und vielleicht wichtigste Aufgabe in Vergessenheit geraten, die bestehende Gesetzgebung dort zu verbessern, wo dies im Interesse der Gleichstellung der Behinderten erforderlich erscheint.

Bei der Lösung dieser drei gesetzgeberischen Aufgaben wird sich zeigen, wie weit die Parteien und Verbände Willens und in der Lage sind, wirksam gegen die Diskriminierung der Behinderten anzukämpfen. Ein möglichst breites Bündnis wird allein den gesetzgeberischen Erfolg mit sich bringen. Zu der anzustrebenden Änderung des Grundgesetzes und zum Einbau neuer Regelungen in die Landesverfassungen wird sogar jeweils eine Zweidrittelmehrheit in den Parlamenten des Bundes oder der Länder erforderlich sein. Das Anliegen der Behinderten sollte zum allgemeinen Anliegen gemacht werden!

Christina Ciaglia

Endlich ein eigenes Domizil!

Gibt es in dieser eher tristen Zeit noch Positives für die Behinderten und ihre Freunde? Doch! Unser Verein SONNENUHR (Werkstatt der Künste für geistig Behinderte und Andere) konnte nun endlich ein eigenes Haus in der Ostberliner Kulturbrauerei, Sredzkistraße 36-39 in Besitz nehmen. Es ist für uns alle ein großer Moment, endlich feste Räume zu haben, denn hier findet SONNENUHR ihr Domizil, nachdem die Arbeitsgruppen seit Monaten dezentral gearbeitet hatten. In unserem langgestreckten, malerisch mit wildem Wein bewachsenen Klinkerbau werden die Keramikwerkstatt, Mal- und Textilateliers, das Fotolabor, Musik-, Theater- und Bewegungsräume untergebracht sein. Ein Kommunikationszentrum gehört auch dazu.

Hier fühlen sich die Jugendlichen richtig wohl. Hier sind sie Gastgeber. Hier können sie nicht nur gemeinsam feiern, sich Gäste einladen und Discos veranstalten, sondern - ganz wichtig - ihre künstlerischen Werke der Öffentlichkeit in Form von ständigen oder auch wechselnden Ausstellungen präsentieren.

Das "Programm" von SONNENUHR ist vielgestaltig und wird ständig neu belebt. Die über 80 geistig Behinderten haben - begleitet von 15 ABM-Kräften sowie zahlreichen Freunden und Förderern - die Möglichkeit, sich in 16 Gruppen künstlerisch zu äußern. Dort agieren sie mit ihrem Talent und ihrer Lust in unkomplizierter Weise, wobei sie ihre Empfindungen offen und fast ungefiltert durch Bewußtseinszwänge zeigen

Flora Plietsch und Klaus Erforth bei der Eröffnungsfeier

DIE SONNENUHR

zu Gast im Deutschen Theater

Das Deutsche Theater öffnet zum zweiten Mal seine Pforten der Kunst von Menschen mit Behinderungen. Die Ausstellungen "FEUERFEST - eine Tür zum Menschen" und "Georg Paulmichl, Maler und Dichter" werden am 23. November um 15.00 Uhr vom Kultursenator Ulrich Roloff-Momin festlich eröffnet. Sie zeigen Werke und Arbeiten von Menschen mit geistiger Behinderung aus der eigenen Werkstatt der Künste.

Im Anschluß an die Ausstellungseröffnung lesen Thomas Langhoff, Johanna Schall, Jutta Wachowiak und Thomas Neumann Gedichte von Georg Paulmichl - einem Maler mit mentaler Behinderung.
Die Ausstellung ist werktags ab 17.00 Uhr geöffnet, samstags und sonntags ab 16.00 Uhr, der Eintritt ist frei.
Am Sonntag, den 22. Dezember um 11.00 Uhr, hat das Stück "Prinz Weichherz", nach dem gleichnamigen Text von Georg Paulmichl, seine Premiere im Deutschen Theater. Es spielt die Theatergruppe RambaZamba, und viele andere Teilnehmer der künstlerischen Arbeitsgruppen von SONNENUHR werden in dem Projekt mitarbeiten. Die Schirmherrschaft hat der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, übernommen.

Georg Paulmichl

Überall drücken einem die Wolken aufs Gemüt.
Öde und graue Landschaft erhebt sich unendlich weit.
Tropfen rieseln einem auf die Köpfe.
Warme Kleidung ist immer notwendig.
Am besten ist, man bleibt im Haus und läßt das Wetter vor der Tür stehen.

Das Wasser erlöscht jedes Feuer.
Bei düsterem Wetter hat man mehr Zeit für die Besinnlichkeit.
Ein Buch lesen übt den Verstand.

Der Meisterschüler aus Lobetal

Können Sie sich noch an den Artikel "Reptilien im Bett" in der STÜTZE 9/91 erinnern? Damals berichtete ***Frau Schötschel*** *über geistig behinderte Jugendliche aus Lobetal, die mit liebevollem Eifer kleine Kunstwerke für Blinde gefertigt hatten. Jetzt flatterte uns ein dicker Brief ins Haus, weil Frau Schötschels "Meisterschüler"* ***Knudth Striedter*** *etwas für DIE STÜTZE geschrieben hat. Zuvor ein paar einleitende Worte von ihr:*

"Knuth Striedters Ausstellung im Bonhoefferhaus in Lobetal endete am 1. Juni. Die Vorbereitungszeit, für die er ausschließlich seine Freizeit nutzte, umfaßte über ein Jahr. Das war eine konzentrierte Zeit und nicht zu fassen der Tag, als alle 100 Bilder wieder von den Wänden genommen wurden und in Mappen verschwanden. Der Höhepunkt ist für einen Heimbewohner so hoch, im ungewohnten Mittelpunkt zu stehen, daß das doch nicht alles gewesen sein kann?!

Inzwischen nennt man ihn meinen ´Meisterschüler´. Vom Chefarzt hat Knuth die Erlaubnis erhalten, einen Tag in der Woche - als richtige Arbeit - zu malen. Das war der Beginn für eine neue Werkstatt. Im Augenblick ist es noch ein provisorischer Raum. Aber die zehn Männer nehmen es sehr ernst und sind pünktlich da. Sie malen, summen vor sich hin, reden davon, was sie malen und sehen sich an, was der Tischnachbar macht. Knuth sitzt dazwischen. Er ist nicht stolz auf den ´Meisterschüler´, wohl aber fleißig, und seine ruhige Art und gute Sprache lassen ihn tatsächlich als etwas Besonderes erscheinen. Manchmal würde er vielleicht gern zurücktauschen in den Kellerraum, in dem er nur Platz hatte für einen Stuhl und Tisch, so voll war er an Abgestelltem.

Aber dort war es ruhig. Jedoch - das Fluidum des Malraumes ist trotz aller Provisorien auch für ihn anregend.

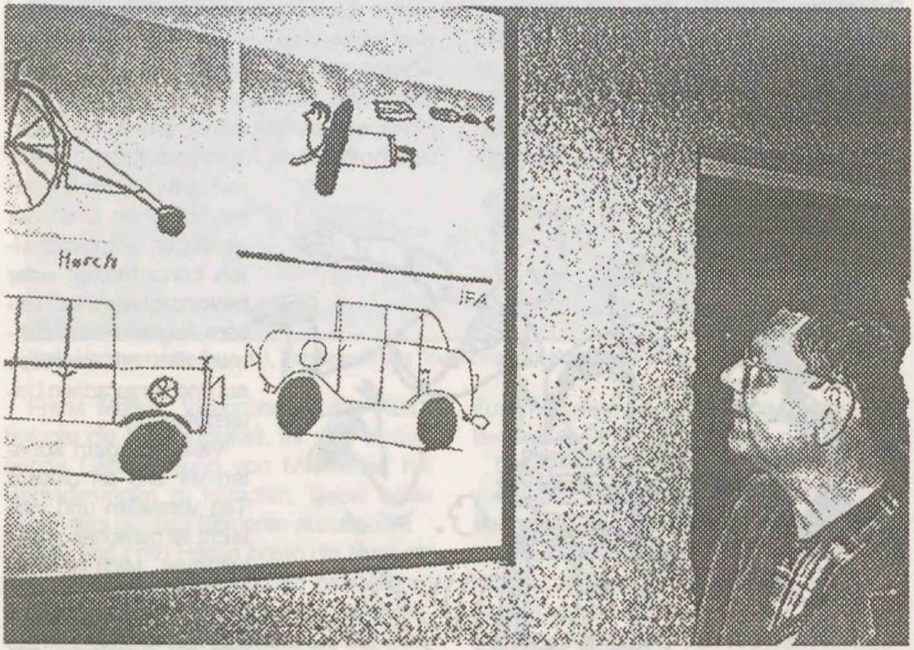
Sehr viele neue Bilder entstehen bei uns, und vielleicht wird es einmal einen Liebhaberkreis geben, denn viele kommen zu jeder neuen Ausstellung. Das spiegelt sich wieder auf einem langen Papierstreifen, der von der Decke hängt und wo sich die Besucher eintragen. Knuth hat etwas für Sie, liebe Leser, geschrieben. Er ist sehr stolz darauf, sich alles selbst beigebracht zu haben, was er kann.

Seine orthografischen Fehler finde ich liebenswert. Man merkt, daß ein lebendiges Wesen dahinter steht."

Ich hatte vom 1. März bis Juni meine Ausstellung wo ich das erste mal eine Führung alleine geleittet habe. Sie kamen aus Berlin, und zwar eine Lebenshilfegruppe, genauer gesagt für geistig Behinderte e. V. Landesverband. Am meißten hatten sie mich gefragt, als sie die Bilder "Gewitter im Gehirn" sahen, was das nun ist. Ich habe gesagt, das ich einer von den Eppilepzie (Anfall-Kranken) bin und wollte mit diesen Bildern meinen Anfall demonstrieren. Das heißt mit anderen Worten, die sowas nicht haben erklären mir wie ein Anfall von innen her auftreten kann. Und ich habe mir Mühe gegeben zu zeigen wie der Anfall von außen aussehen könnte. Die anderen Bilder hatten sie auch intreziert, wie zum Beispiel "Die Engel".

In die Arbeit bin ich 1987 eingetreten. Nun ja, ich komme aus einer Familie, wo mein Vater sehr gezeichnet hatte. Ich habe seine Zeichnungen in Farbe umgesetzt, das heißt nicht alle. Der Anstoß ist von Frau Schötschel gekommen. Weil es mir Spaß macht hatte ich auch an das Lindenau-Museum in Altenburg geschrieben. Von Ursula Jobst, Günter Rackwitz und Johannes Burkhardt bekam ich ein Buch zugeschickt wo ich mir gesagt hatte - na, ich werde es versuchen, und habe gemalt. So entstand meine "Wiege", "Mutter und Tochter" sowie "Das einsame Haus". Ich hoffe, daß ich meine Leser etwas mit meinem Bericht ermuntert habe.

Meine Adresse ist: Knuth Striedter, Eben-Ezer, O-1281 Lobetal.



Knuth Striedter vor einem seiner Bilder: "Fahrzeuge"

Guntram Hoffmann

Eine Infobörse so bunt wie das Leben

Zu einem Höhepunkt unseres Behindertenverbandes wurde die "Informationsbörse für Frauen und Männer" am 24. Oktober in Weißenfels. Initiiert wurde sie vom Bundesministerium für Jugend und Frauen, organisiert von den Gleichstellungsbeauftragten von Stadt und Landkreis und mit Leben erfüllt durch 47 Parteien, Vereine, Institutionen und Ämter.

Der Stand unseres Verbandes wurde von der Arbeitsgruppe "Kultur" getragen. Bastelarbeiten wurden ausgestellt, Fotos und Poster erzählten von den zahlreichen Tagesausflügen des Verbandes für die Mitglieder, und an den verschiedensten Info-Broschüren und Schriften fehlte es auch nicht. Schon die Tatsache einer sehr großen Stellfläche am gewünschten Platz zeugte von der Stellung unseres Verbandes. Politiker kamen, auch die Tagespresse konnte unseren Stand nicht übersehen und berichtete in Wort und Bild davon. Mit Bürgermeister und Landrat führten wir Gespräche.

Etwas später statteten uns der Bundestagsabgeordnete und die Landtagsabgeordnete einen Besuch ab, und wir konnten sie auf unsere gegenwärtigen Probleme aufmerksam machen und ihnen unsere Standpunkte verdeutlichen. Dabei legten wir besonderen Wert auf die jüngste politische Initiative unseres Verbandes, die in Sachsen-Anhalt abgestimmt wurde. Dabei geht es um einen Vorschlag zur Landesverfassung, der die Rechte Behinderter schützen und ihre Durchsetzung bewirken soll. Wir schlagen folgenden Wortlaut für die Landesverfassung vor: **"Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner religiösen und politischen Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauungen und seiner physischen und psychischen und/oder geistigen Eigenschaften benachteiligt oder bevorzugt werden."** Unsere Abgeordneten nahmen dies mit Interesse auf und versprachen Unterstützung.

Vielen Bürgern konnten wir uns an diesem Tag vorstellen und vielleicht ist manches angekommen. Mich persönlich beeindruckte die Fülle der Stände und Ideen und die Kreativität der Aussteller sehr. So bunt wie das Leben war auch der Saal.

Eckhard Fritsche

Sangerhäuser Behindertenverband gegründet

Am 19. Oktober kam es nun auch in Sangerhausen zur Gründung eines Kreisverbandes des ABiSA. Zur konstituierenden Versammlung kamen ca. 50 interessierte Bürger, die sich nach kontroverser Diskussion mit knapper Mehrheit auf den Namen "Verband der Körperbehinderten und ihrer Freunde" einigten.

Karla Hartmann (zweite v. re.), Vorsitzende des "Verbandes der Körperbehinderten und ihrer Freunde"

Frank Merkel, Vizepräsident des ABiD, betonte die Notwendigkeit, für eine umfassende Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen zu kämpfen. Dabei seien besonders geistige Barrieren abzubauen.

Herr und Frau Hesse boten die Nutzung der Erfahrungen ihres seit fast zwei Jahren erfolgreich arbeitenden Klubs der Behinderten im Nachbarkreis Hettstedt an. Sie wünschen sich eine intensive Zusammenarbeit der Behindertenverbände des Mansfelder Landes, um gemeinsam die regionalen Interessen der Menschen mit Behinderung gegenüber den Kreisverwaltungen und dem Land Sachsen-Anhalt zu vertreten.

Der Sangerhäuser Bürgermeister begrüßte die Bildung des Verbandes als Ansprechpartner und versprach uns Räume "zum Nulltarif". Eine Vertreterin des Athletischen Sportvereines Sangerhausen regte ein Zusammenwirken beim Organisieren von Behindertensport an.

Die Vorsitzende des Körperbehindertenverbandes, Karla Hartmann, erklärte abschließend, man werde mit allen anderen Vereinen und Verbänden zusammenarbeiten, um effektiv für die Rechte der Menschen mit Behinderung eintreten zu können.

Einige Spenden von Versammlungsteilnehmern und zwei ortsansässigen mittelständischen Firmen sowie der Erlös einer Veranstaltung der GRÜNEN vom

3.Oktober, auf der unser im Entstehen befindlicher Behindertenverband der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, sorgten für etwas Startkapital.

Bereits am 11. November ist die nächste Mitgliederversammlung geplant. Dann sollen die Arbeitsgruppen gebildet und Vorschläge für die bevorstehende öffentliche Diskussion über die Landesverfassung Sachsen-Anhalt beraten werden. Im Verfassungsentwurf sind bisher die Behinderten völlig vergessen worden, was unbedingt noch geändert werden muß.

Kulturelle Angebote in Berlin

Am 1. Dezember eröffnete der Berliner Behindertenverband im Kino ASTRA **eine Matineereihe**, deren Anliegen es ist, aufzuzeigen, wie Probleme von Menschen mit Behinderungen im Film reflektiert werden. Zum Auftakt lief der englische Film "Gottes vergessene Kinder". Künftig werden an jedem 1. Sonntag im Monat um 10.30 Uhr in einer Sonderveranstaltung des Behindertenverbandes Dokumentar- und Spielfilme gezeigt.

Die Bibliothek des Berliner Behinderten-verbandes bietet einen besonderen Leserservice an. Sie ist in der Lage, Bücher im Leihverkehr aus dem Gesamtberliner Bestand über einen Katalog zu bestellen und dem Leser bei Bedarf nach Hause zu bringen. Erreichbar sind die Mitarbeiterinnen täglich von 8.00 bis 16.00 Uhr im Lichtenberger Behindertenverband in der Erich-Kurz-Str. 11 oder unter Tel. 5 11 09 90.

Das **Berliner KOMMunikations- und Beratungszentrum in der Pasteurstraße 16** lädt an jedem Adventsonntag von 14.30 Uhr bis 18.00 Uhr zu weihnachtlichem Kaffeetrinken und kulturellen Veranstaltungen ein. Am 31.Dezember findet ab 17.00 Uhr eine **Silvesterfeier** statt. Anmeldungen sind unter 4 36 66 92 noch möglich.

Gisela Kumbier

Bei uns geht es voran

Heute möchte ich mich wieder einmal aus Stralsund melden. Wir haben in der vergangenen Zeit einiges in unserem Behindertenverband auf die Beine gestellt: So haben wir mit unseren Angehörigen eine sehr schöne Schiffsfahrt auf dem Strelasund in Richtung Barth gemacht. Eine wunderschöne Landschaft konnten wir bewundern. Die Tiere sind hier noch so frei und zutraulich. Die Fahrrinne war so eng, man hätte die Sandbänke anfassen können. Es war eine romantische Fahrt. Für das leibliche Wohl sorgten die fleißigen Feen der Behindertenwerkstatt. Sie hatten Kuchen gebacken und versorgten uns mit Kaffee. Die Fahrt war für alle selbstverständlich frei; der Verband hatte die Kosten getragen.

Auch fand unser diesjähriges Behinderten-Sportfest statt. Gewinner waren wir alle. Auch konnten wir schon einige neue Mitglieder im Behindertensport gewinnen, und es werden jede Woche mehr! Nun hoffen wir nur, daß die Gelder für unsere Physiotherapeuten nicht gestrichen werden, denn die Gruppen müssen schon geteilt werden, und fleißige Helfer sind mit der Stecknadel zu suchen. Auch im Schwimmen geht es gut voran: Seit Oktober können wir die ehemalige NVA - Schwimmhalle in Parow benutzen. Die Halle ist behindertenfreundlich, ohne Treppen zugänglich, und wir hoffen, daß wir auch bald einen Lift bekommen. Dank an dieser Stelle den Verantwortlichen unserer Stadt Stralsund.

Peter Braun

In der Arbeit steckt Sorgfalt und Liebe

Im März 1990 gründete sich mit damals fünf Mitgliedern die Ortsgruppe Burg Stargard des Behindertenverbandes. Wir wollten uns gegenseitig helfen und über unsere Probleme sprechen. Unsere Gruppe wurde rasch größer, so daß ein Jahr später eine Geschäftsstelle eröffnet wurde, die folgende Leistungen anbietet :

- Begleitende Hilfe beim Formulieren und Ausfüllen von Anträgen
- Kopieren zur Vervollständigung von Unterlagen
- Unterstützung durch Zivildienstleistende (Mobiler sozialer Hilfsdienst, Haushaltshilfe, Individuelle Schwerstbehindertenbetreuung - ISB-, Fahrdienst)
- Rechtsberatung und Vertretung gegenüber Ämtern, Behörden und Betrieben.

Im Frühsommer übernahm unser Behindertenverband Burg Stargard erstmalig die Betreuung von sechs Praktikanten. Der Einsatz erfolgte in der Hauswirtschaftspflege und in der Geschäftsstelle. Die Schüler/innen sollten durch eigene Anschauung und Erfahrung unsere gemeinnützige Arbeit kennenlernen. Das Hauptziel unserer Arbeit, alten und behinderten Menschen ein selbstbestimmtes Leben in einer eigenen Wohnung zu ermöglichen, stieß bei den Mädchen auf großes Verständnis. Ihre Motivation selbst zu helfen, war sehr groß.

Der Beschluß des Vorstands, trotz vorhandener Probleme und zusätzlicher Anforderungen bei der Anleitung der Jugendlichen, hatte sich als richtig erwiesen, wie der **Praktikumsbericht von Andrea Busse aus einer 7. Klasse** zeigt:

"Wir hatten uns schon auf die Tage gefreut...Der Behindertenverband hat die Aufgabe, Behinderten das Leben in vielem zu erleichtern und bei ihren täglichen Arbeitsabläufen behilflich zu sein... Als Mitarbeiter muß man aber auch erst das Vertrauen zu den alten und behinderten Menschen finden. In dieser Arbeit steckt - glaube ich - auch ein bißchen Sorgfalt und Liebe drin. Auch waren die Mitarbeiter der Meinung, daß man behinderte und alte Menschen nicht in ein Heim geben sollte. Dieser Meinung bin ich auch! ... Zuerst habe ich Bilder gezeichnet für eine Informationszeitung des Behindertenverbandes, frei nach Phantasie. Mareen ging dann zu Frau Rob, die im Rollstuhl sitzen muß... Es hat mir großen Spaß gemacht, und ich finde, man sollte den Behindertenverband in seinen Vorhaben unterstützen."

Ja, und das finden wir auch, denn es gibt genug Probleme, die wir nicht verschweigen wollen: Da wäre die räumliche Enge in unserer Geschäftsstelle. Sie besteht nur aus einem Raum von 16 qm, und dies schränkt unsere Möglichkeiten bei der Beratung sehr ein. Dann haben wir finanzielle Sorgen. Trotz gestellter Anträge auf finanzielle Unterstützung bei Kommune und Landratsamt fließt kein Geld. Lediglich 200 DM Benzinkosten pro Monat für unsere PKW's werden vom Sozialamt gezahlt, und die Geschäftsstelle wurde uns von der Kommune zur mietfreien Nutzung überlassen. Durch unregelmäßige Geldüberweisungen für unsere Zivildienstleistenden vom Bundesamt für Zivildienst (BZA) entstehen weitere Schwierigkeiten. So haben wir seit Juli 91 für nicht geleistete Zahlungen vom BAZ schon 5 000 DM verauslagt.

Dringend erforderlich wäre auch die Anschaffung neuer Fahrzeuge, um den mobilen Fahrdienst weiter abzusichern.

Reiner Schindler

WIR

Seit Geburt oder durch einen Unfall zum Krüppel gemacht.
Frustiert, wütend, verbittert, den menschlichen Maßstäben und Normen nicht entsprechend.
Auf Grund unserer Schädigung behindert und gehindert.
Geminderte Erwerbsfähigkeit, ausgesondert, 100-prozentig.
Aus unserer Gesellschaft ausgestoßen, in Anstalten gestopft.
In den meisten Heimen zu wenig Personal.
Immer nur als pflegerisches Objekt gesehen.
Nicht leistungsfähig von den Profitgeiern verwertbar.
Entmündigt, verwaltet, versteckt, ausgesondert, abgeschoben, geächtet sonderbehandelt und entrechtet.
Dies ist die Realität von Krüppeln in unserer perversen Leistungsgesellschaft.
Wir werden an den gesellschaftlichen Maßstäben und Normen von Nichtbehinder ten gemessen.
Die Norm ist körperlich unversehrt, dynamisch, leistungsfähig, attraktiv, schön.
Ich frage mich, wo bleiben unsere menschlichen Bedürfnisse ?
Müssen eingeschränkt werden. Müssen uns selbst befriedigen.
Wir Krüppel haben leider noch kein Randgruppenbewußtsein.
Noch keine Sitten, keine Tradition - aber
Wir werden gemeinsam diskriminiert!
Wir Krüppel müssen uns endlich mal zusammenrufen,
uns eine eigene Lobby schaffen,
uns selbst organisieren.
Wir müssen uns nur gegenseitig helfen und unterstützen.

Ein Interview zum Rentenrecht

Das Echo auf das Donnerstags-gespräch des DFF zum Thema Renten im Juni dieses Jahres war sehr groß. Sowohl die Hauptgeschäftsstelle des ABiD als auch DIE STÜTZE erreichte eine Briefflut, die das Interesse vieler Betroffener an weiterer Aufklärung zu dieser Thematik deutlich machte. Zum 01.01.1992 wird das Rentenrecht, wie es mit der Rentenreform '92 als Teil VI des Sozial-gesetzbuches beschlossen wurde, auch auf die neuen Bundesländer übergeleitet. Um dem steigenden Informations-bedürfnis zu den unterschiedlichsten rentenrechtlichen Fragen Rechnung zu tragen, werden wir in unserem Journal weiterhin regelmäßig Fragen zur Rentenversicherung beantworten. ***Dr. Stefan Heinik*** *führte ein Gespräch mit* **Dr. Martin Ammermüller, Leiter der Überleitungsanstalt der Sozialversicherung.**

Nach welchem Modus wird ab Januar 1992 Blindengeld und Sonderpflegegeld gezahlt?

Die momentane Zahlung dieser Gelder zusammen mit der Rente wurde nur aus technischen Gründen übernommen, weil die Leistungsträger für die Pflegegelder (Krankenkasse, Sozialhilfe und die jeweiligen Länder) im Jahre 1991 noch nicht in der Lage waren, diese Aufgaben schon zu übernehmen. Das bedeutet, daß die Zahlung von Blindengeld und Sonderpflegegeld durch die Rentenversicherung ab Januar 1992 ersatzlos entfällt. Für diese Leistungen gibt es keinen Bestandsschutz. Nur die Pflegegelder, die auf Grund eines eigenen Unfalles gezahlt werden, fallen nicht weg. Deren Zahlung haben bereits seit April 1991 die Berufsgenossenschaften übernommen. Blindengeld und Pflegegeldleistungen können nur durch Antragstellung bei der Krankenversicherung, bei den Sozialämtern der Kreise und Städte (Sozialhilfe) und bei den Ländern, insofern sie Landespflegegesetze haben, in Anspruch genommen werden.

Bleibt der Zahlbetrag der Invalidenrente gleich, wenn sie wegen Erwerbseinkommen über 400 DM monatlich in eine Berufsunfähigkeitsrente umgewandelt wird?

Der Zahlbetrag der bisherigen Invalidenrente bleibt gleich, auch wenn diese in eine Berufsunfähigkeitsrente umgewandelt werden sollte. Es ist dabei aber zu beachten, daß

-- alle Invalidenrenten in Erwerbsunfähigkeitsrenten automatisch umgewandelt werden (EU-Rente = 100 % Rente),

-- dann geprüft wird, ob Erwerbseinkommen monatlich über 400 DM vorliegt. (In dem Rentenbescheid, der allen Invalidenrentnern zugehen wird, ist die Aufforderung enthalten, unverzüglich dem Rentenversicherer mitzuteilen, wenn mehr als 400 DM monatliche Einkünfte aus Erwerbstätigkeit bezogen werden).

-- wenn dies der Fall ist, die Erwerbsunfähigkeitsrente in eine Berufsunfähigkeitsrente (BU-Rente = 66 % Rente der EU-Rente) umgewandelt wird,

-- dann der Zahlbetrag mindestens der der bisherigen Invalidenrente bleibt, aber dynamisiert wird nur der Betrag der BU-Rente, also nur 66 %.

Hierzu ein Beispiel:

Ein Invalidenrentner erhält eine Rente in

Höhe von 900 DM. Ab Januar 1992 wird diese Rente automatisch in eine Erwerbsunfähigkeitsrente umgewandelt. Die Höhe des Zahlbetrages beträgt ebenfalls 900 DM. Der Invalidenrentner arbeitet und erzielt aus der Erwerbstätigkeit monatlich mehr als 400 DM. Diese Tatsache wird von ihm unverzüglich seiner Rentenversicherung mitgeteilt. Daraufhin wird die EU-Rente in eine BU-Rente umgewandelt. Der Zahlbetrag bleibt weiterhin 900 DM, aber anders als beim EU-Rentner werden beim BU-Rentenempfänger nur 66% des Zahlbetrages, also nur 600 DM zur Grundlage für die Berechnung des Anpassungsbetrages genommen.

Die erwünschte Folge ist, daß einerseits der soziale Standard der Invalidenrentner beim Übergang zum westdeutschen Rentenrecht gewahrt bleibt und andererseits im Laufe mehrerer Jahre der ostdeutsche Invalidenrentner nicht besser gestellt wird als der westdeutsche.

Invalidenrentner in der ehemaligen DDR, die zugleich erwerbstätig waren, brauchten keine Beiträge zur Sozialversicherung (DDR) zu entrichten. Entstehen ihnen dadurch nun durch die Umstellung nach dem westdeutschen Rentenrecht Nachteile?

Nein. Nach § 252a Sozialgesetzbuch VI werden Zeiten des Bezuges einer Invalidenrente vor dem vollendeten 55. Lebensjahr als Anrechnungszeit angerechnet, sie ersetzen sozusagen die Zurechnungszeit. Zeiten nach dieser Altersgrenze werden nur bei Beitragszahlung berücksichtigt. Beiträge für die Rentenversicherung werden arbeitenden Invalidenrentnern (ab Januar 1992 BU-Rentner) erst am Januar 1992 abgezogen.

Sind Rentner in der Krankenversicherung versichert?

Ja. In den neuen Bundesländern wird jeder Rentner bei seiner Krankenkasse pflichtversichert bleiben. Abgesehen vom Krankengeld, das nur an Berufsunfähigkeitsrentner gezahlt wird, erstreckt sich der Versicherungsschutz auf alle Leistungen der Krankenkasse, wie sie auch den übrigen Mitgliedern gewährt werden. Der Beitragssatz beträgt z.Zt. 12,8 % der Rente. Hiervon hat der Rentner die Hälfte, also 6,4 %, zu tragen, während die Rentenversicherung die andere Hälfte übernimmt. Bei der Rentenumstellung zum 1. 1. 92 wird die Rente zuvor um den halben Beitragssatz erhöht, so daß der Rentner hierdurch nicht belastet wird. Der gesamte Betrag wird von der Rentenversicherung abgeführt, bevor die Rente an den Rentner überwiesen wird. Er erhält also den Nettobetrag.

Muß eine Invalidenrente bzw. eine Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsrente versteuert werden, wie man hört? Wir kannten das bisher nicht.

Grundsätzlich sind Renten einkommenssteuerpflichtig. Da aber für das Einkommen schon Steuer (bei Arbeitnehmern Lohnsteuer) abgeführt wurde, wird nur der Ertragsteil versteuert. Er ist ein Prozentsatz der Bruttorente, der mit zunehmendem Alter des Rentenbeginns sinkt. Der Ertragsanteil beträgt z. B. 29%, wenn der Rentenbeginn nach Vollendung des 60. Lebensjahrs eintritt, und 24 % nach Vollendung des 65. Lebensjahrs.

Hierzu ein Beispiel:

In der sozialpolitischen Diskussion wird angenommen, daß in den neuen Bundesländern ein Rentner mit 45 Versicherungsjahren und Durchschnittsverdienst während dieser Versicherungszeit nach der Rentenerhöhung am 1. Juli 1991 eine Rente von 889 DM im Monat oder 10 668 DM im Jahr erhält. Würde dieser Durchschnittsrentner mit vollendetem

63. Lebensjahr erstmalig Rente beziehen, würde der steuerpflichtige Ertragsanteil (26% von 10 668 DM) = 2774 DM betragen. Hiervon sind der Werbungskostenpauschalbetrag für Renten (100 DM im Jahr) und der Sonderausgabenpauschalbetrag von 108 DM abzuziehen, so daß 2 566 DM bleiben. Dieser Betrag liegt jedoch weit unter dem steuerfreien Grundbetrag von jährlich 5 616 DM. Für Ehepaare verdoppelt sich der Grundfreibetrag sogar auf 11 232 DM. Dadurch sind meist auch zwei Renten, die des Ehemanns und der Ehefrau, steuerfrei.

Erhöht sich durch Erwerbstätigkeit während des Bezugs einer BU-Rente und die damit ab 1992 verbundene Abführung von Beiträgen zur Rentenversicherung die spätere Altersrente?

Dies kann, aber das muß nicht so sein, weil das von der Gesamtleistungsbewertung abhängt. Nach dieser Bewertung wird der günstigere Wert, der aus den gezahlten Beiträgen oder der als Anrechnungszeit ohne Beiträge, genommen. Da die Zeit nach dem vollendeten 55. Lebensjahr jedoch nicht mehr als Anrechnungszeit (Ersatz für die wegfallende Zurechnungszeit bei der Altersrente) berücksichtigt wird, können nur noch die Beiträge die Rente erhöhen.

Es wird immer wieder behauptet, daß die Rentenberechnung nach bundesdeutschem Rentenrecht tendenziell zu geringeren Rentenbeträgen führt, als die nach ehemaligem DDR-Rentenrecht. Ist daran etwas wahr?

Ja, in bestimmten Bereichen, vor allem bei den Zurechnungszeiten, die nach DDR-Rentenrecht großzügiger gewährt werden. Hier ist aber zu sagen, daß sie finanziell kaum von Bedeutung waren, während sie jetzt aber bei der individuellen und dynamischen Rente bedeutsam wären, d. h. Rentner in den ostdeutschen Ländern relativ besser gestellt würden als in den westdeutschen. Insgesamt schätzen die Rentenversicherer die Differenz durch die Umstellung in der Rentenberechnung (eine Modellrechnung wurde gemacht) als relativ gering. Frauen sind davon stärker betroffen als Männer. Die Umstellung von Dezember 1990 bis Januar 1991 wird einige Milliarden zusätzlich kosten, so daß aber eine tendenzielle Verbesserung und nicht Verschlechterung erfolgt.

*Wir bedanken uns für das Gespräch, in dem Bewußtsein, daß noch viele Fragen bei dem betroffenen Personenkreis existieren. Wir möchten auf ein gutes Informationsmaterial hinweisen: **"150 Fragen zur Rentenversicherung in den fünf neuen Bundesländern sowie im Ostteil Berlins".** Diese Broschüre ist beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Außenstelle Berlin) Klosterstraße 47, O-1020 Berlin und beim Bürgerservice Rostock, Dorfstraße 54, O-2551 Rostock, zu beziehen.*

Klaus Günther

Dialog gesucht!

Rechtliche Schwierigkeiten beim Kündigungsschutz Behinderter

Der §1 des Kündigungsschutzgesetzes (KschG) hat im Abs. 2 Satz 1 eine Ausnahme, wo sozial ungerechtfertigte Kündigungen paradoxerweise als sozial gerechtfertigt behandelt werden können, wenn sie "dringenden betrieblichen Erfordernissen entgegenstehen". Diese Ausnahme ist in den neuen Bundesländern durch die Rationalisierung der Betriebe überwiegend die Regel.

Behinderte können trotzdem durch ihren besonderen Kündigungsschutz (15 SchwbG) hoffen, wenn nicht auch hier eine Ausnahme die Regel bestätigt: §19 SchwbG Abs. 1, "Die Hauptfürsorge hat die Zustimmung zu erteilen", - wenn Betrieb oder Dienststelle nicht nur vorübergehend wesentlich eingeschränkt wird. Also wieder dringende betriebliche Erfordernisse als Ursache.

Bleibt noch Hoffnung auf die Beschäftigungsquote von 6 % (siehe §5 SchwbG und für soziale Härtefälle §1 Abs. 3 KschG), wenn nicht darin Satz 2 wieder eine Ausnahme schaffen würde: Nicht einzubeziehen sind diejenigen Arbeitnehmer, "wenn betriebstechnische, wirtschaftliche, oder sonstige berechtigte betriebliche Bedürfnisse die Weiterbeschäftigung eines oder mehrerer bestimmter Arbeitnehmer bedingen und damit der Auswahl nach sozialen Gesichtspunkten entgegenstehen."

Letzte Ausnahme hat schnell mit der Wende in Betrieben Listen mit Leistungsträgern entstehen lassen. Unter dem Vorwand "dringend betrieblicher Erfordernisse" stützt und schützt sich mit dem §1 Abs. 3 Satz 2 eine "Tabugesellschaft" gegenseitig. Die knappe Arbeit teilt eine selbsternannte Elite unter sich auf. So fallen zu oft Behinderte unberechtigt als "Nichtstuer" auf. Kein Arbeitsgericht kann die fachliche Notwendigkeit betrieblicher Entscheidungen überprüfen, - auch nicht die Hauptfürsorgestelle. Diese muß sich auf den Vertrauensmann verlassen. Auch diesem wird die fachliche Qualifikation zur Leistungseinschätzung in der Regel abgesprochen.

Bleibt noch der Weg der Versetzung. Da §1 Abs. 3 Satz 2 KschG die Arbeitnehmer in Leistungsbelegschaft und Randbelegschaft spaltet, ist ein soziales Abgleiten sozial Schwacher und Behinderter schwer aufzuhalten. Bei einer Zumutbarkeit finanzieller Abstufung von 20% kann wie oft eine Versetzung erfolgen? Automatisch gerät besonders der ältere Behinderte in ein negatives Bild, weil seine psychische und physische Widerstandskraft im täglichen Behauptungskampf ermüdet. Er läßt letztendlich die Kündigung geschehen.

DIE STÜTZE startet hiermit einen Aufruf. Betroffene, bitte melden Sie sich bei uns! Wir möchten gern darüber berichten, ob und welche Möglichkeiten es gibt, sich zu wehren. Aber wir sind des Theoretisierens müde, sondern wollen es an ganz konkreten Lebensbeispielen aufzeigen. Bitte schreiben Sie uns, wie es Ihnen ergangen ist, ob Sie erfolgreich waren, als Sie um den Erhalt Ihrer Arbeit kämpften oder ob Sie entmutigt aufgeben mußten.

Die Redaktion

Wohngeld - eine unendliche Geschichte

*Auf Anfrage an **Dr. Norbert Blüm** erreichte DIE STÜTZE soeben ein Schreiben des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, in dem er sich zusammenfassend zu diesem Thema äußert:*

Der in dem bisher ausgegebenen "Ratgeber für Behinderte" enthaltene Hinweis auf Freibeträge im Zusammenhang mit der Berechnung von Wohngeld für Schwerbehinderte in den neuen Bundesländern war zum Zeitpunkt der Veröffentlichung richtig.

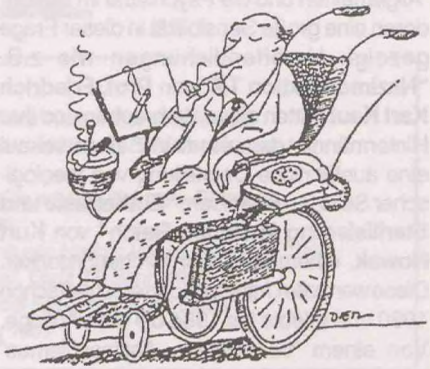
Um die im Beitrittsgebiet im Zusammenhang mit der Mietenreform erwartete große Zahl von Wohngeldanträgen in angemessener Zeit bewältigen zu können, ist inzwischen im Wohngeldsondergesetz die Einkommensermittlung als verwaltungsaufwendigster Teil der Wohngeldberechnung zum Teil drastisch vereinfacht worden. Es werden danach eine Vielzahl von Einnahmearten als Einkommen nicht berücksichtigt (z.B. Sozialhilfe, Zinseinnahmen). Dies gilt gleichermaßen für alle Bürger im Beitrittsgebiet. Dabei ist es richtig, daß z.B. für Alleinerziehende, mitverdienende Kinder oder Schwerbehinderte auch keine gesonderten Freibeträge eingeräumt werden. Schwerbehinderte werden durch das Wohngeldsondergesetz gegenüber dem bisher geltenden Recht allerdings generell besser gestellt, weil

- die Wohngeldtabellen durch Einbeziehung nach der Haushaltsgröße gestaffelter Einkommensfreibeträge deutlich höhere Wohngeldbeträge ausweisen;
- die Heiz- und Warmwasserkosten durch einen Zuschlag je Quadratmeter Wohnfläche berücksichtigt werden, was für größere Wohnungen besonders günstig ist;
- niedrige Höchstbeträge für die zuschußfähige Miete oder Belastung entfallen, die die Wohngeldansprüche gerade bei älteren und größeren Wohnungen eingeschränkt hätten.

Ein Beispiel mag dies verdeutlichen:

Der Freibetrag für Schwerbehinderte von jährlich 1.500 DM bei einem Grad der Behinderung von 100 führt bisher durchschnittlich zu einem zusätzlichen Wohngeld von rund 30 DM im Monat. Nach dem Wohngeldsondergesetz kann demgegenüber bei einer 60 qm großen fernbeheizten Wohnung allein aufgrund des Heizkostenzuschlages - je nach Haushaltsgröße, Einkommensverhältnissen und Wohnkosten - ein bis zu mehr als 100 DM höheres Wohngeld beansprucht werden.

Ich habe mich in der Vergangenheit immer wieder für die Belange der Behinderten eingesetzt und werde dies auch weiterhin tun. Ich sehe jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Grundlage für eine Initiative zur Änderung des ohnehin 1993 auslaufenden Wohngeldsondergesetzes.



Bruno Franz

Jeder Mensch ist eine Persönlichkeit

Der Diplom-Germanist und Historiker Herbert Schmidt (59 Jahre), Spastiker und von Geburt an behindert, äußerte sich bestürzt und betroffen über das Wiederaufleben der Diskussion über "lebensunwertes Leben". Er befaßt sich seit Jahren mit den systematischen Mordaktionen, die während des Dritten Reiches an behinderten Menschen verübt wurden. Ein forciertes "rein ökonomistisches Denken", der kalkulierte Kosten-Nutzen-Vergleich gegenüber "unnützen Essern" müsse gerade für uns Deutsche eine ernste Mahnung sein. Nach Ansicht von Herbert Schmidt hätten in der ehemaligen DDR die Geschichtswissenschaften und die Medizin im Allgemeinen und die Psychiatrie im Besonderen eine große Sensibilität in dieser Frage gezeigt. Veröffentlichungen wie z.B. **"Nazimordaktion TX"** von **Prof. Friedrich Karl Kaul** hätten diese Verbrechen und ihre Hintermänner demakiert. Vor allem sei auf eine ausführliche Darstellung von theologischer Seite zu verweisen: **"Euthanasie und Sterilisierung imDritten Reich"** von **Kurt Nowak**, einem Leipziger Kirchenhistoriker. Diese wertvolle Untersuchung erschien schon 1980 und erlebte bis 1984 die dritte Auflage. Von einem "verordneten Antifaschismus" könne man da nicht sprechen.

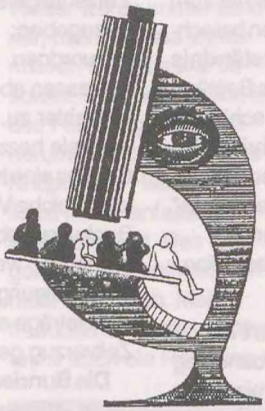
Herbert Schmidt

In diese Vernichtungsverbrechen der Nazis seien die sogenannten "Kreuzeschreiber" einbezogen gewesen - Ärzte in Irrenanstalten, die von der SS angehalten wurden, solche Menschen auszusuchen, die unheilbar krank waren, Schwachsinnige, Epileptiker, Fälle von schwerer Schizophrenie, schwer Komplexgeschädigte. Sie wurden ausgesondert, abtransportiert und umgebracht. All das geschah in den Jahren 1940/41, also noch bevor auf der sogenannten Wannsee-Konferenz die "Endlösung der Judenfrage" beschlossen wurde. Damit war diese Vernichtung "lebensunwerten Lebens" die "Generalprobe" für den anschließenden Massenmord an Millionen jüdischer Menschen, für den Holocaust.

"Es ist für mich makaber", sagte Herbert Schmidt, "daß es heute wieder solche Diskussionen in der Öffentlichkeit geben kann. Bereits 1920 haben die Wissenschaftler Alfred Hoche und Karl Binding mit ihrem Buch 'Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens' vorgerechnet, was es den Staat kostet, wenn Schwerstbehinderte in Anstalten mit Nahrung versorgt und betreut werden müßten. Es scheine fast, daß in den mehr als siebzig Jahren, die inzwischen vergingen, nur wenig

dazugelernt worden sein, obwohl die Millionen Opfer der Naziverbrechen eine schreckliche Umsetzung derartiger Rechnungen in die Wirklichkeit waren. Schmidt hob im Gedenken an den antifaschistischen Widerstandskampf die Verdienste mutiger Christen hervor, wie Bernhard Lichtenberg, vormals Domprobst von Berlin und von Dietrich Bonhoeffer, die damals die Weltöffentlichkeit über die Mordaktion der Nazis informierten. Die internationalen Proteste hätten schließlich sogar - mitten im Kriege (!) - erreicht, daß die Euthanasie-Aktion formal abgebrochen werden mußte. Es folgten aber die Mordfabriken Auschwitz, Treblinka und viele andere...

Der Historiker erklärte abschließend: "Ich lebe seit zwölf Jahren gemeinsam mit vielen geistig Behinderten in einer Wohnstätte. Dieses Zusammenleben hat bei mir etwas ausgelöst, mir ganz persönliche Erfahrungen vermittelt und Schneisen dem Schicksal anderer Menschen gegenüber geöffnet. Viel wichtiger ist für mich, und das möchte ich an dieser Stelle betonen: Jeder geistig Behinderte ist eine Persönlichkeit für sich. Sie kann lachen, sie kann weinen, kann sich freuen über Zuwendung und sich wehren gegen Häßlichkeiten. Wir, die gesamte Gesellschaft, haben eine große Verantwortung gegenüber geistig Behinderten, die selbst nur bedingt ihre Interessen wahrnehmen können. Laßt uns Deutsche nicht in die Sprache und das Denken der Unmenschlichkeit zurückfallen.



Anmerkung der Redaktion:
Folgende Titel können wir zum Nach- und Weiterlesen empfehlen:

- *Ernst Klee, "Durch Zyankalie erlöst - Sterbehilfe und Euthanasie heute", Fischer Taschenbuch 1025*
- *Oliver Tolmein, "Geschätztes Leben - Die neue Euthanasie-Debatte", Konkret Literatur Verlag Hamburg 1990*
- *Klaus Dörner, "Tödliches Mitleid", Jakob von Hoddis Verlag Gütersloh 1988*
- *Christiane Gibrec, "Tatort Krankenhaus", Dietz TB Bonn 1990*
- *Jürgen-P. Stössel, "Tüchtig oder tod - die Entsorgung des Leidens", Herder Spektrum Band 4012, Freiburg 1991*

Leser im Dialog

Unsere STÜTZE versteht sich zugleich als Kommunikationsangebot, Informationsquelle und Interessenvertretung für Menschen mit Behinderungen und die, die mit ihnen leben und arbeiten. Wir brauchen dafür den Dialog mit unseren Lesern, den Meinungsstreit. Damit unsere Zeitschrift wirklich zu einem offenen Diskussionsangebot auch zwischen den Lesern untereinander wird, möchten wir gern ab Heft 1/92 in jede Ausgabe ein **Autorenverzeichnis** einfügen. Dort würden wir die Adressen der Autoren, die dies wünschen, veröffentlichen. Die Leser der STÜTZE hätten so die Möglichkeit, bei gezielten Nachfragen sich direkt mit dem jeweiligen Autor in Verbindung zu setzen. Aus Gründen des Datenschutzes sind wir jedoch nur zum Abdruck entsprechender Anschriften berechtigt, wenn ein **schriftliches Einverständnis** des Autoren vorliegt. Wenn Sie uns Beiträge oder Material für DIE STÜTZE schicken, teilen Sie uns bitte mit, ob Ihre Anschrift in das jeweilige Autorenverzeichnis aufgenommen werden darf und ob Sie diesen "Leserservice" für nützlich und notwendig erachten.

Die Redaktion

Ist DIE STÜTZE Ihr Geld wert?

Bereits auf seinem zweiten Verbandstag hat der ABiD die Erhöhung des Preises der STÜTZE angeregt und später beschlossen, weil das Blatt zu dem bisherigen Preis nicht mehr herzustellen ist. Ferner ist die gegenwärtige Handhabung des "gespaltenen" Preises (Preis plus Porto) von einigen Unsicherheiten gekennzeichnet, da wir ständig von den Gebührenerhöhungen der Bundespost abhängig sind; und daß das Porto weiter steigt ist wohl eine sichere Prognosen. Ab Jahresbeginn 92 wird DIE STÜTZE **2,-- DM** kosten, **wobei die Versandkosten im Preis enthalten sein werden**. Dies gilt jedoch nur für Abonnements, die nach dem 2. Januar 1992 bestellt werden. Laufende Abonnements werden von der Preisveränderung, das sei hier noch einmal ausdrücklich erklärt, nicht berührt. Sofern Abonnements über die vereinbarte Laufzeit hinaus bestehen, gilt dann auch der neue Preis. Sie haben also Zeit, zu prüfen ob DIE STÜTZE Ihr Geld wert ist.

In letzter Zeit erreichen uns Anrufe und Briefe, in denen Leser von uns erhaltene Mahnungen beklagen und auf früher bereits beglichene Rechnungen verweisen. Wir haben zwar wiederholt gebeten, bei Überweisungen als Zahlungsgrund Ihre Kundennummer, d. i. die in << >> gesetzte Zahlenfolge auf Ihren Zeitschriftenetiketten, anzugeben; nur so sind Eingänge auch zuzuordnen. Bemerkungen wie "Abo. Stütze" lassen aber keine Rückschlüsse auf den Einzahler zu. Wir bitten alle Leser, die, obwohl sie bezahlt haben, Mahnungen erhielten, uns eine Kopie ihrer Einzahlung zu schikken. Solche Verwicklungen und künftig auch Buchungsgebühren umgehen Sie am einfachsten, wenn Sie uns eine Einzugsermächtigung erteilen. Dann buchen wir fällige Beträge ab, was gebührenfrei und ohne Zeitverzug geschieht.

Die Bundespost teilte uns bisher veränderte Abonnentenanschriften mit. Neue datenschutzrechtliche Bestimmungen machen dazu künftig die Einwilligung der Abonnenten notwendig, die gegeben ist, wenn binnen einer Frist von 30 Tagen nach Erhalt dieser Zeitschrift nicht widersprochen wird.

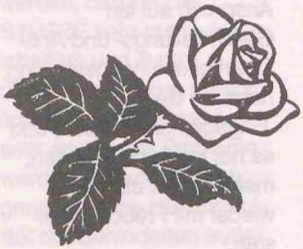
Das vorletzte Wort

Wer alles aufarbeitet, muß sich nicht wundern, wenn nichts übrig bleibt.

Jürgen Molzen

Laßt Blumen sprechen ...

Unser SYMBOLISCHER BLUMENSTRAUSS geht heute nach Gotha. Im Namen meiner Freunde bedanke ich mich ganz herzlich bei dem Flugleiter Herrn Panzer und bei Frau Ludwig vom Flugsportverein Gotha. Diese beiden veranstalte-



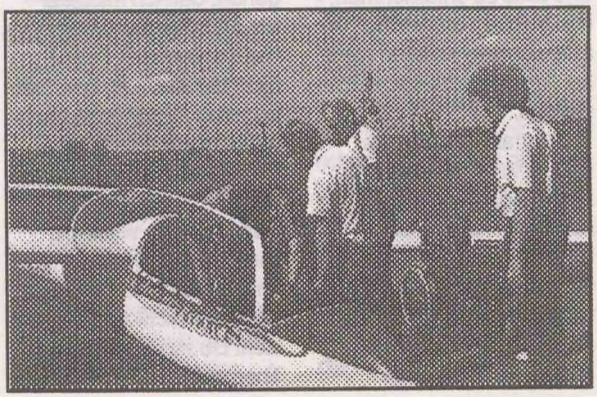
ten am 12. September für Menschen mit Behinderungen einen Segelflugtag

FLIEGEN...! Ein verlockendes Angebot! Sollte tatsächlich ein heimlicher Wunsch von mir in Erfüllung gehen?

Wie ein Segelflugzeug aussieht und daß es an einem langen Seil in die Luft gezogen wird, wußte ich von zwei Besichtigungen. "Richtig fliegen? Das traue ich mich nicht! Vielleicht regnet es auch, dann bin ich fein raus", das waren so meine Gedanken. Aber am 12. September war sehr schönes Wetter. Einige meiner Freunde hatten auch gleich ein paar uralte Sprüche drauf: "Bloß nicht hinhören, sonst brauchst du gar nicht erst einsteigen", dachte ich die ganze Zeit.

Das Fliegen begann. Zuerst schön der Reihe nach. Doch nach einigen Stunden stand der Flugplan völlig Kopf und alles ging durcheinander. Viele hatten es eilig. So mancher drängelte sich vor. Die Stunden vergingen. Mein "Traum vom Fliegen" schien ausgeträumt. Das Wetter wurde immer schöner, meine Laune immer mieser. Plötzlich war es soweit, man setzte mich in das Flugzeug. Um mich herum sah ich viele bunte Knöpfe und Hebel. "Möglichst nichts anfassen" sagte der Pilot. Das Anlegen des Fallschirmes war nicht so einfach. Mein freundlicher Begleiter zeigte mir auch die Reißleine zum Öffnen des Fallschirmes, aber zum Glück brauchte ich sie nicht. Der sehr steile Aufstieg hat mich mächtig beeindruckt, doch war er längst nicht so schrecklich, wie allgemein angenommen wird. Ganz im Gegenteil, ein bißchen Selbstvertrauen braucht man sicher. Jetzt fehlen mir die passenden Worte, um diesen Augenblick zu beschreiben. So eine weite Sicht... Leider auch ein mächtig qualmender Schornstein, denn Anblick mich doch ziemlich störte. Bei der Landung war ich schon ein wenig traurig, denn ich hätte gern noch ein Weilchen in den Lüften geschwebt ...

Christina Schütze
Verband der Behinderten Thüringen / Kreisverband Gotha



Das Engagement ist entscheidend

Auch für mich als Vizepräsidenten des ABiD sind die vielen Zuschriften der Mitglieder und Freunde unseres Verbandes immer wieder Motivation und Ansporn, den im Januar 1990 begonnenen Weg fortzusetzen.

Wenn ich an den Anfang meines Beitrages ein großes Dankeschön an Guntram Hoffmann für seinen Artikel "Gemeinsam leben statt ausgrenzen" (STÜTZE 18/91, S.6) setze, geschieht das vor allem deshalb, weil er mir und vielen Mitgliedern unseres Verbandes aus dem Herzen spricht. Meine Wahl zum Vizepräsidenten betrachte ich als Votum der Delegierten des Verbandstages, diese Gemeinsamkeit von Behinderten und Nichtbehinderten weiter voranzubringen und alles zu unternehmen, daß solche von der ISL aufgestellten Kriterien nicht zur Arbeitsweise des ABiD werden.

Guntram schreibt, es mache ihn wütend bis hin zur Resignation, wenn er solche Artikel in unserer STÜTZE liest. Ich kann ihn verstehen, denn auch ich war entsetzt darüber. Nur, mich machen diese Meinungen in erster Linie betroffen und nachdenklich zugleich, da sie mir zeigen, welcher schweren Aufgabe wir uns gewidmet haben.

Sicher werden viele Leser denken, warum wird zu diesem Thema immer und immer wieder in der STÜTZE geschrieben? Meiner Meinung nach ist es notwendig, sich auch mit anderen Denkweisen auseinanderzusetzen. Nur in diesem Fall geht es um den weiteren Weg des ABiD. In unserer Satzung heißt es an den verschiedensten Stellen: "Menschen mit Behinderungen, ihre Angehörigen und Freunde ..." Mir stellt sich nun die Frage, wollen wir nach unserer Satzung handeln, oder wollen wir all denen, die nicht behindert sind, die Stühle vor die Tür stellen? Vielleicht hat der eine oder andere Leser gehört, daß ich mich auf unserem Verbandstag dafür entschuldigt habe, nicht behindert zu sein und trotzdem weiter im Verband mitarbeiten möchte. Dazu stehe ich auch heute noch. Eher hat sich bei mir diese Haltung verstärkt. Deshalb auch meine Frage an unseren Präsidenten in aller Öffentlichkeit: Wie steht Du zu dieser Thematik?

Gemeinsam leben, das heißt für mich in erster Linie, daß nicht die Frage nach einer Behinderung, sondern das Engagement entscheidendes Kriterium sein muß. Während unseres Hearings in Bonn, als es um die Findung einer Formulierung für unseren Anspruch auf ein Gleichstellungs- und Anti-Diskriminierungsgestz ging, habe ich dieses Engagement gespürt, und es hat mir auch geholfen, meine Arbeit als "Vize" wieder mit Freude zu leisten.

Weniger Freude hat mir Iljas Artikel zum Pflegeassistenz-Gesetz (STÜTZE 17/91) gemacht, aber es ist eine Meinung von vielen. Für unpassend und auch nicht richtig halte ich die Angriffe auf die "etablierten Verbände", denn auch sie haben in der Vergangenheit viele gute Ergebnisse erzielt, und in diesen Verbänden gibt es tausende engagierte Menschen, die sich mit und für die Behinderten einsetzen. Ich denke, dies sollte an erster Stelle genannt werden, wenn wir über diese Verbände sprechen.

Frank Merkel
Halle

Mir gefällt die Polemik

Leider konnte ich am Leserforum der STÜTZE am 6. November in Leipzig nicht teilnehmen und möchte Ihnen daher schriftlich meine Gedanken zur weiteren Gestaltung der Zeitung mitteilen.
Ersteinmal muß gesagt werden, daß ich DIE STÜTZE sehr gut finde, inhaltlich und auch gestalterisch. Mich persönlich spricht die Polemik sehr an, unsere Probleme werden klar und deutlich genannt, ohne die Sensibilität der Behinderten außer acht zu lassen. Die Diskussionsgrundlage zum selbstbestimmten Leben im Heft 2/91 halte ich für besonders aussagekräftig. Man kann DIE STÜTZE immer wieder lesen und erhält dabei neue Anregungen. Mir gefällt auch die Auflockerung durch Gedanken und Aphorismen recht gut. Den Beitrag von Bernd Maywald im Heft 11+12/91 kann man meiner Meinung nach nicht verallgemeinern. Wenn möglich, sollte DIE STÜTZE ihre vierzehntägige Erscheinungsweise beibehalten. Die Bitte nach einem Anschriftenverzeichnis kann ich nur untersützen. Vielleicht wäre auch das Vorstellen von Ortsverbänden (Struktur, Arbeitsweise, Vorhaben, inhaltliche Probleme, Anschrift u.s.w.) unter einer speziellen Rubrik in verstärktem Maße möglich. Damit würde auch die Praxiswirksamkeit unserer STÜTZE erhöht. Auch Beiträge zu Bildungsfragen, wie z.B. über Waldorfpädagogik, die ja Behinderte frühzeitig einbezieht, wären wünschenswert. Die Erziehung ist doch für die Einstellung zum Behinderten sehr wichtig. Interviews mit Behinderten vor Ort bzw. mit kompetenten Vertretern der Behindertenpolitik im weitesten Sinne sollten weiterhin veröffentlicht werden.

Ulrike Midga
Leipzig

"Eugenische Indikation" - völlig falsch definiert

In dem Leserbrief "Verständlich miteinander reden", STÜTZE Nr. 21/91, S. 24/25 kritisierte Oskar Hädrich aus Stendal folgenden Satz wegen seiner Unverständlichkeit: "Außerdem wehren sich einige Frauen mit Behinderung gegen jegliche Pränataldiagnostik und humangenetische Beratung, da diese ihrer Ansicht nach auf einer eugenischen Ideologie basieren." Hädrich übersetzte diesen Satz: "Außerdem wehren sich einige Frauen mit Behinderung gegen jegliche Untersuchung im Mutterleib vor der Geburt und eine diesbezügliche Beratung, da dies ihrer Meinung nach von Menschen ausgeht, die das geborene Leben im Mutterleib auf irgendeine Weise beeinflussen möchten."

Während mich das "geborene Leben im Mutterleib" lediglich erheiterte, entsetzte mich die Übersetzung der "eugenischen Ideologie": Die Geschichte behinderter Menschen in Deutschland ist von eugenischer Ideologie geprägt - ich bin erschüttert, daß eine Übersetzung in Behindertenkreisen überhaupt notwendig ist. Aber wenn schon, dann bitte richtig: "Eugenik ist die Lehre von der ´guten´ Erbveranlagung. Nach der sogenannten Erbgesundheitslehre soll die Fortpflanzung ´Erbgesunder´ gefördert und die Fortpflanzung ´Erb-

kranker´ eingedämmt werden. (Definition aus dem dtv-Lexikon)

Im Nazi-Deutschland unterschied man zwischen "lebenswertem" und "lebensunwertem" Leben. Ist das schon in Vergessenheit geraten? Gerade in den letzten Jahren ist das Thema mit der sogenannten "Lebensrechtdiskussion" wieder aktuell. Es geht nicht darum, Leben "auf irgendeine Weise zu beeinflussen", sondern es geht darum, daß behinderte Menschen zu "Un-Personen" erklärt werden, denen man das Lebensrecht abspricht.

Für mich spricht aus Oskar Hädrichs Übersetzung eine Ignoranz den real existierenden Lebensbedingungen behinderter Menschen gegenüber, die mich schockiert. Mindestens ebenso schlimm finde ich jedoch die Anmerkung der STÜTZE-Redaktion: "Vielen Dank für die eindeutige Erklärung,..." Heißt das etwa, daß niemand in der Redaktion weiß, was eugenische Ideologie heißt?

Sigrid Arnade
Köln

Nein, das heißt es nicht, wie die seit einem Dreivierteljahr in der STÜTZE kontinuierlich geführte Auseinandersetzung um die menschenverachtenden Inhalte der Eugenik/ Euthanasie-Debatte eigentlich zeigen müßte. Wir hatten gehofft, daß mit unserer Anmerkung der beabsichtigte sanfte Sarkasmus dieser Formulierung spürbar würde.

Die Redaktion

Freunde zu Freunden

Als im Frühjahr diesen Jahres der ehemalige Gubener Manfred König seine Geburtsstadt besuchte, wurde er durch eine Anzeige im "Neiße-Echo" auf unseren Unabhängigen Behindertenverband Guben e.V. aufmerksam. Er selbst ist Vorsitzender des Ce Be eF (Club der Behinderten und ihrer Freunde) in Halver, einem ca. 16.000 Einwohner zählenden Städtchens im Sauerland. Er nahm sofort zu unserem Verband Kontakt auf. Sein Anliegen ist es, einem gemeinnützigen Verband aus den neuen Bundesländern Unterstützung bei seiner Arbeit zu geben.

Am 5. Oktober 1991 feierte der Ce Be eF sein 10jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß erfolgte eine herzliche Einladung "Gemeinsam mit Freunden" zum persönlichen Kennenlernen. Der Empfang war sehr herzlich, und das Wörtchen "Sie" gab es nicht. Neben persönlichen Gesprächen, einem kleinen Fest wurde die Zeit auch für ein Interview genutzt, das wir der "Westfälischen Rundschau" und dem "Allgemeinen Anzeiger" gaben. Unter den Eindrükken der herzlichen Begegnungen und vieler neuer Erfahrungen für unsere Verbandsarbeit fuhren wir heim und freuten uns schon auf einen Gegenbesuch.

Annette Tratz
Guben

Wer schreibt mir?

Ich wünsche mir sehr einen Briefkontakt und würde mich freuen, wenn er irgendwie mit einer Person im Raum Berlin zustande käme.

Siegfried Rosa, Geschwister-Scholl-Str. 3, W-8500 Erlangen

Ich kündige

das Abonement ! DIE STÜTZE möchte ich nun nicht mehr beziehen. Sie ist mir zu parteilich und selten problembezogen. Schade!

Monika Hennig
Berlin

Die kleinen Belange sind mir wichtig

Momentan bin ich am Überlegen, ob DIE STÜTZE wirklich ein Journal für Behinderte ist. Manchmal kommt es mir vor, als halte ich ein wissenschaftliches Heft in der Hand. Was wollen Sie mit den hochkomplizierten Formulierungen und Fremdwörtern erreichen? Haben Sie vergessen, daß nicht alle Menschen mit Behinderungen in der ehemaligen DDR die gewünschte Bildung erhielten?

Es wäre toll, wenn DIE STÜTZE in dieser turbulenten Zeit für uns einen Begleiter darstellen würde. Dazu ist es wichtig, anschaulich auf brennende Alltagsprobleme einzugehen. Nach meiner Ansicht wäre es sinnvoller zu sagen, daß z.B. Heimbewohner (soweit es mir bekannt ist) Anspruch auf Urlaubsgeld haben, statt zu jammern "wie schön war die DDR".

Die Hinweise zur Antragstellung eines neuen Behindertenausweises sind zwar nicht schlecht, kommen aber für viele zu spät.

Sollten Sie auf Fragen wie Telefongebührenermäßigung, Bahnfahrtermäßigung etc. keine Antwort wissen, frage ich mich, warum Herr Dr. Seifert im Bundestag sitzt.

Eine erfolgreiche Verbandsarbeit wird es nach meiner Sicht nur geben, wenn der ABiD mit allen Parteien und Gruppierungen zusammenarbeitet. Anderenfalls sehe ich die große Gefahr, daß sich der ABiD selbst isoliert.

Um nicht noch mehr ABiD-Mitglieder und Leser der STÜTZE zu verlieren, kommt es vor allem darauf an, klare Konzepte zu erarbeiten, mehr Öffentlichkeitsarbeit zu leisten und nicht zuletzt auf die vielen kleinen Belange des täglichen Lebens einzugehen.

Beim Lesen der STÜTZE habe ich oft das Gefühl, als wollen Sie mit Gewalt ein großes Ziel erreichen und übersehen dabei die vielen kleinen Schritte.

Roland Walter
Belsdorf

Lieber Herr Walter,
se geben uns eine Menge kritischer Hinweise, und wir freuen uns ehrlich darüber, denn jeder Leser, der sich eigene Gedanken macht und so das Gesicht unserer STÜTZE mitgestaltet, ist uns lieb. DIE STÜTZE möchte natürlich die Behinderten und die Menschen, die mit ihnen leben und arbeiten, begleiten und beraten. Daß wir auf Fragen der Telefonermäßigung, Vergünstigungen im Personennahverkehr und betreffs neuer Schwerbehindertenausweise durchaus Antworten wissen, können Sie in den Heften 3 und 5/91 genau nachlesen. Unsere Hinweise zur Antragstellung für neue Ausweise sind sozusagen ein "Nachschlag", der nicht zu spät kommt, weil die alten DDR-Ausweise noch bis Ende 1993 ihre volle Gültigkeit haben!

Neben dem Aufzeigen der täglichen Hemmnisse, die uns das Leben schwer machen, muß und will DIE STÜTZE aber auch ihren Blick auf die übergreifenden Themen richten. Denn die Auseinandersetzungen um eine bedarfsgerechte Pflegeabsicherung, um eine Anti-Diskriminierungs-Gesetzgebung und um die Euthanasie/Eugenik-Debatte greifen mit ihren praktischen Folgen so massiv in unser tägliches Leben ein, daß wir keine Chance vertun dürfen, uns

einzumischen und unsere Standpunkte darzulegen. Gegebenenfalls sind dafür auch wissenschaftliche Formulierungen notwendig. Und manchmal muten unsere Konzepte auch utopisch an, weil sie in den nächsten zwei/drei Jahren nicht machbar sind. Aber dennoch müssen sie von uns benannt werden, damit deutlich wird, was unser großes Ziel ist. Daswir uns diesem in kleinen Schritten nähern müssen, ist selbstverständlich.

Wie hieß es in einem der letzten Wörter in der STÜTZE; "Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat keine Kraft zum Kämpfen!" In diesem Sinne grüßen wir Sie ganz herzlich.

Die Redakion

ANLÄßLICH DER EUROPÄISCHEN MINISTERKONFERENZ über die Grundsätze einer zukünftigen europäischen Behindertenpolitik vom 7. und 8. November 1991 in Paris forderte die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland - ISL e.V. "die Verabschiedung von eindeutigen Beschlüssen, durch die auch Behinderten ein Europa ohne Grenzen und Barrieren ermöglicht wird." Es muß verabschiedet werden, daß durch die Behinderten der gleichberechtigte Zugang zu allen Bereichen des Lebens gewährleistet und die Beseitigung von bestehenden Barrieren konsequent vorangetrieben wird", so Ottmar Miles-Paul, der für die ISL an der Konferenz als Berater teilnahm. Um sicherzustellen, daß die europäische Behindertenpolitik an den Interessen Behinderter orientiert ist, fordert die ISL darüber hinaus, daß finanzielle Förderungen im Behindertenbereich zukünftig vorrangig an Organisationen und Projekte vergeben werden, die von Behinderten selbst betrieben und kontrolliert werden. "Vor allem muß die finanzielle Absicherung der Arbeit der Beratungszentren für selbstbestimmtes Leben Behinderter, durch die an den Interessen der Betroffenen orientierte Beratung von Behinderten für Behinderte geleistet wird, sichergestellt werden", so Miles-Paul weiter.

Eine bedarfsgerechte Pflegeabsicherung, die Behinderten und alten Menschen ein menschenwürdiges Leben in der eigenen Wohnung ermöglicht, stellte eine weitere zentrale Forderung dar, die die ISL in Paris vorbrachte. Entgegen der gegenwärtigen, in der Regel bevormundenden und entwürdigenden Praxis müsse Pflegebedürftigen die größtmögliche Wahlfreiheit zugestanden werden, wie, wann, wo und von wem die Pflege erbracht wird, so daß diese selbst die Gelder für die Pflege erhalten und verwalten können.

Die **REHA '91** in Düsseldorf besuchten 35.000 Menschen. Damit verzeichtete sie gegenüber 1989 ein Besucherplus von 40 Prozent. Mobilitäts- und Alltagshilfen standen im Mittelpunkt des Interesses.

ZU SEINER ZWEITEN TAGUNG kam am 9. und 10. November die 8. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in Bad Wildungen zusammen, um über die neuen Aufgaben der Kirchen im vereinten Deutschland zu beraten. Der scheidende Ratsvorsitzende, Bischof Dr. Martin Kruse, beklagte ebenso die mangelnde Solidarität in den neuen Ländern, wie Brandenburgs Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe. Er forderte "Maßstäbe für ein erfülltes Leben", und mahnte zu Kommunikation, Phantasie, Toleranz, Kreativität, Liebe und Barmherzigkeit.

Der neugewählte Ratsvorsitzende, der Bischof von Baden Klaus Engelhardt, wurde mit Stimmenmehrheit in das Amt berufen.

Die Präsidentin der Treuhandanstalt, Birgit Breul, erklärte in einem Kurzreferat, daß die "soziale Marktwirtschaft" viele Wünsche der Menschen offenließe und daß nicht alle mit der Wiedervereinigung zufrieden seien können oder sollten.

"Keiner will Marktwirtschaft pur, sondern immer verbunden mit einer sozialen Komponente." Birgit Breul sprach von einer "Bewährungsprobe", aber wie lange sollen, dürfen oder können wir uns noch "bewähren", bis uns auf dem "Markt der Möglichkeiten" alle Möglichkeiten eröffnet oder verschlossen werden?

"Der Westen ist satt, selbstgefällig und arrogant und ja so erfolgreich", sagte Frau Breul. Wie wahr das doch ist. Mich wundert eben nur, daß das eine sagt, die doch gerade verantwortlich ist für wachsende Arbeitslosigkeit und sozialen Abstieg in den ostdeutschen Ländern. Manfred Stolpes Toleranz gilt sehr konkret auch für Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen.

Es bleibt mein "frommer Wunsch", daß die Synodalen aus der Ostregion Toleranz, Barmherzigkeit annehmen und weitergeben, wie es jetzt und bereits vor der Wende ihr Auftrag gewesen ist. Einer der zahlreichen Sprüche aus jenen Tagen war: "Bleibet hier und wehret euch täglich", und genau das wollen wir.

Stephan Labotzki

ZUM TAG DES WEISSEN STOCKS hat die UNO den 15. Oktober erklärt. Anläßlich dieses internationalen Tages machten Blinde und Sehbehinderte in Kassel auf ihre Probleme aufmerksam. Um Normalseh-enden vor Augen zu führen, welche Orientierungsschwierigkeiten Blinde und Sehgeschädigte haben, hatten sie für alle Fahrplanhinweise mit Transparenten zugehängt. Angela Huhne, Referentin des Autonomen Behindertenreferats in Kassel, verwies darauf, daß es oft kleine Dinge sind, wie die Türsschilder, Hinweistafeln und Fahrpläne, die nicht in Blindenschrift und Großdruck gekennzeichnet sind, die Behinderte abhängig halten und ihnen die Orientierung erschweren.

"Inzwischen sind die technischen Möglichkeiten für die Anpassung der Umwelt für Sehbehinderte und Blinde soweit vorangeschritten, so daß wir nun endlich Taten sehen wollen. Behindert werden wir durch eine Umwelt, die auf unsere Bedürfnisse keine Rücksicht nimmt".

Otmar Miles-Paul definierte die einseitige Konzentration auf das Visuelle als einen krassen Akt der Diskriminierung und forderte eindringlich die Verabschiedung eines Gleichstellungs- und Anti-Diskriminierungs-Gesetzes für Behinderte, da es nicht um Wohltätigkeit sondern um einklagbare Bürgerrechte gehe.

Das letzte Wort

Wir unterscheiden uns weniger durch die Kräfte, die wir haben, als durch den Mut, von ihnen Gebrauch zu machen.

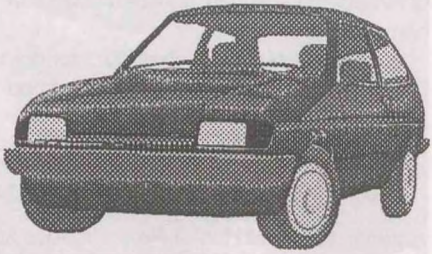
Kudszus

EIN CHRISTLICHER KÖRPERBEHINDERTENVERBAND hat sich in Sachsen gegründet, in dem sich 44 Vertreter sächsischer Körperbehindertengruppen und -vereine zusammenschlossen. Ihm geht es darum, nicht nur den materiellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen Behinderter Rechnung zu tragen, sondern mit dem Angebot der Lebensbewältigung durch das Evangelium wirksame Lebenshilfe zu leisten. Dieser Verband ist für alle Konfessionen offen. Zum Vorsitzenden wurde Hannes Querner, Adam-Ries-Str. 45, O-9300 Annaberg-Buchhholz gewählt Dieser Verband gibt alle zwei Monate den **Freundesbrief "Die Palme"** heraus (Stückpreis 0,50 DM). Bestellungen und Nachfragen an Wolfgang Bauer, Lauenhainer Str. 48, O-9250 Mitweida.

DIE PALME - Ein Gleichnis aus Afrika

"Durch eine Oase ging Ben Sadok. Da stand ein Palmenbaum im besten Wachstum. Ben Sadok nahm einen Stein und legte ihn der jungen Palme mitten in die Krone. Die jungen Palme schüttelte sich und bog sich und versuchte, die Last abzuschütteln. Vergebens. Zu fest saß der Stein in der Krone. Das krallte sich der junge Baum tiefer in den Boden und stemmte sich gegen die steinerne Last. Er senkte seine Wurzeln so tief, daß sie die verborgenen Wasseradern der Oase erreichten, und stemmte den Stein so hoch, daß die Krone über jeden Schatten hinausreichte. Wasser aus der Tiefe und Sonnenglut aus der Höhe machten einen königlichen Baum aus der jungen Palme. Nach Jahren kam Ben Sadok wieder an der Oase vorbei. Da senkte die stolzeste Palme ihre Krone, zeigte den Stein und sagte: "Ben Sadok, ich muß dir danken. Dein Last hat mich stark gemacht."

EIN INFOCAFÉ wurde im Oktober im Berliner Haus der Demokratie eröffnet. Einerseits möchten wir natürlich die Arbeit der in unserem Haus vertretenen Gruppen und Initiativen vorstellen. Darüber hinaus wollen wir aber Informationen über möglichst viele andere Gruppen und Treffs vermitteln. Wir wollen auch Ausstellungen, Gesprächs-runden und Vorträge organisieren. Es wäre toll, wenn Ihr uns in Zukunft Infomaterial zukommen ließet - nicht zuletzt auch in Eurem eigenen Interesse. Über Ausstellungsangebote würden wir uns ebenfalls freuen. Bei uns besteht auch die Möglichkeit, günstig Versammlungsräume für 40 oder 125 Personen zu mieten. Kontakt über Sabine Grimm, Friedrichstr. 165, O-1080 Berlin, Tel.: 2 29 16 45.



MIETWAGEN FÜR BEHINDERTE können seit kurzem bei InterRent gemietet werden. Wer z.B. unverschuldet einen Unfall hatte, kann nun auch als Körperbehinderter den Service eines speziell ausgerüsteten Leihwagens für die Dauer der Reparatur in Anspruch nehmen, der dann unentgeldlich ist. Ansonsten beträgt der Tagespreis 255 DM inklusive aller gefahrenen Kilometer und Haftpflichtversicherung. Es gibt auch einen Wochenendtarif: Von Freitagnachmittag bis Montagmorgen können 2000 Kilometer für 186 DM zurückgelegt werden.

Wer schreibt unserer Beate, 23 Jahre, Epileptiker, schwerstgeschädigt. Sie lebt zurückgezogen, hat keine Freunde. Sie kann etwas lesen und schreiben und freut sich sehr, wenn sie mal Post bekommt. Zuschriften unter Chif. 24034

Zusammen dem Leben die schönsten Zeiten abgewinnen und zusammen die öden Seiten meistern; Mann , 33 und ledig, freut sich auf Antwort von Frau, die genauso denkt. Zuschriften unter Chif.240036.

Liebe, zärtliche Partnerin gesucht!
Bin 29 Jahre alt, sensibel, etwas zurückhaltend, unternehmungslustig, Nichtraucher, Rollstuhlbenutzer, interessiere mich für Musik, Literatur, Reisen u. a. Gibt es eine junge Frau, die mich trotz meiner Behinderung als Mensch und Mann akzeptieren und lieben kann? Versuch' es doch einmal und schreibe mir! Chif. 24037

Verschenke "Trabant 601", für kleine und große Menschen nutzbar (keine Handbedienung), Bauj. 83. L. Dürichen Büxensteinallee 23, O-1180 Bln,
T. 6 81 65 24

HÖRBEHINDERTENBERATUNGS- UND INFORMATIONS-ZENTRUM
für Schwerhörige und Ertaubte wurde in Berlin geschaffen. Träger ist das Sozialwerk des Schwerhörigenvereins Berlin e.V.

Wir wollen uns an alle wenden, die Probleme mit dem Hören haben, aber auch jene, die sich für Hörgeschädigte interessieren oder mit ihnen verbunden sind. Das HörBIZ ist eine offene Kontakt- und Beratungsstelle für schwerhörige und ertaubte Menschen, die Hilfe, Rat und Informationen benötigen. Dazu bieten wir unter anderem Kurse an wie

- Ablesen vom Mund,
- lautsprachbegleitende Gebärde,
- Hilfe zur Selbsthilfe,
- individuelle Vorführung von und Beratung über technische Hilfsmittel.

Im HörBIZ arbeiten zwei Mitarbeiterinnen, die selbst schwerhörig sind und wissen, welche Kommunikationsschwierigkeiten, Informationsdefizite und Mißverständnisse mit der hörenden Umwelt auftreten können. Das HörBIZ will Partner sein. Sie finden uns am Schiffbauerdamm 13 in O-1040 Berlin; Tel.22 03 285 (auch Schreibtelefon), dienstags von 16.00 bis 20.00 Uhr und donnerstags von 10.00 bis 15.00 Uhr.

Marina F., Sie schrieben auf meine Chiffreanzeige Nr. 35/91, schickten Fotos und bestimmten einen Termin zum Kennenlernen. Sie konnten nicht wissen, daß ich im Schichtdienst arbeite und deshalb verhindert war. Bitte melden Sie sich noch einmal, wenn wir uns kennenlernen und Sie Ihre Fotos wiederhaben wollen. Ich habe keine Anschrift von Ihnen.
S. L.

Schützen Sie sich vor
- Verletzungen durch Glassplitter
- lästiger Sonneneinstrahlung
- unerwünschten Blicken

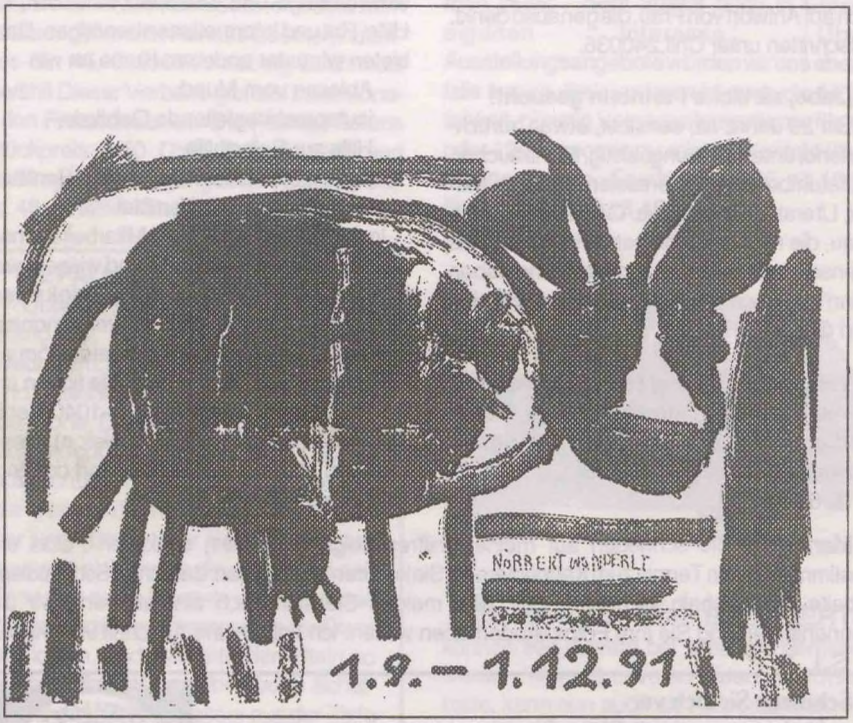
durch unser Angebot an hochwertigen und preiswerten Splitter-, Sonnen- und Sichtschutzfolien für Fenster, Türen und andere Glasflächen.

Wir beraten Sie gern, rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns.

Firma LT & Partner,
Leuenberger Str. 12, O-1092 Berlin Tel.: 972 41 17, 511 04 34

SCHUTZFOLIEN LT & PARTNER GLASBESCHICHTUNG BERLIN

Zeitungsdrucksache / Postvertriebsstück 2A 11336 D



Ausstellungsplakat von Norbert Wanderlt, einem geistig behinderten Künstler, der in der Galerie Lobetal seine Bilder zeigt